



Hamburger Netzwerk SGB II Menschen-Würde-Rechte
AG Soziales der Sozialpolitischen Opposition
hamburgtrautsichwas@posteo.de
<https://hamburgtrautsichwas.de/>

Corona - Virus und negative soziale Folgen

Hamburg, den 30.3.2020

An die Fraktion der SPD und die Fraktion der GRÜNEN in der Hamburgischen Bürgerschaft

Sehr geehrte Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft,

wir richten dieses Schreiben vor allem an diejenigen in Ihren Fraktionen, die aktuell bzw. künftig für Sozialpolitik, Existenzsicherung, Arbeitsmarktpolitik, Flucht und Migration zuständig sind. Sie finden im Anhang Vorschläge von Tacheles e.V. in Wuppertal zum Umgang mit der Corona-Krise für einkommensschwache Haushalte. Einige der Vorschläge hat der Bundestag auf Initiative der Bundesregierung im „Sozialschutz-Paket“ ja schon verabschiedet und diese wichtigen Neuregelungen sind schon in Kraft getreten. Auch Hamburg hat gute Entscheidungen gefällt, wie z.B. Unterstützung von prekären Selbständigen mit eigenen Hamburger Mitteln oder das Aussetzen von Zwangsräumungen, Strom-, Gas- und Wassersperren.

Wir möchten ergänzend zu diesen Beschlüssen anregen, dass sich Hamburg vor allem um vier Punkte noch eingehender kümmert. Wir appellieren an Sie, sich mit diesen Fragen so bald wie möglich zu beschäftigen und nach Lösungen zu suchen. Die vier Punkte sind Ernährung, Zugang zu E-Learning, Situation von Migrant*innen mit ungesichertem Status und der Bedarf an sozialer Beratung.

Punkt 1: Ernährung

Einkommensschwache Haushalte und insbesondere auch die Haushalte, die auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Rahmen des SGB II, SGB XII, AsylbLG angewiesen sind, stehen in der jetzigen Situation vor besonderen Herausforderungen. Viele Angebote sozialer Träger, bei denen Menschen preisgünstig essen konnten, stehen aktuell nicht zur Verfügung. Die Situation von Tafeln zeigt, dass man sich auf freiwillige wohltätige Angebote nicht verlassen kann. Lebensmittelpreise steigen und mit dem aktuell im Regelsatz für Ernährung vorgesehenen Mitteln ist keine gesunde Ernährung möglich. Aus unserer Sicht ist aktuell die Auszahlung eines monatlichen coronabedingten Mehrbedarfs in Höhe der im Regelsatz für Ernährung vorgesehenen Summe notwendig. Hamburg hat unabhängig von Entscheidungen auf bundespolitischer Ebene eigene Hilfgelder für Soloselbständige und kleine Unternehmen auf den Weg gebracht. Sorgen Sie bitte dafür, dass auch bei Leistungsempfänger*innen die genannten Mehrbedarfe berücksichtigt werden.

Punkt 2: Zugang zu E-Learning

E- Learning wird aktuell als Unterrichts- und Lernmöglichkeit bei geschlossenen Schulen genutzt. Neben der entsprechenden technischen Ausstattung in Schulen ist es notwendig, dass alle Schüler*innen – unabhängig vom sozialen Status und Einkommen der Eltern – über die für E-Learning nötigen Geräte verfügen. Sorgen Sie bitte dafür, dass Kinder aus Familien, die auf existenzsichernde Sozialleistungen angewiesen sind, nicht beim Lernen benachteiligt werden. Die Umsetzung des von Tacheles e.V. vorgebrachten Vorschlags eines zweckgebundenen Zuschusses in Höhe von 350 € für ein Laptop und 100 € für einen Drucker hilft, dieses Ziel zu erreichen.

Punkt 3: EU-Bürger*innen / Menschen mit ungesichertem Aufenthalt

Von der aktuellen Situation sind auch alle Menschen betroffen, die über einen ungesicherten Aufenthalt verfügen, oder bei denen ein Arbeitsplatz die Voraussetzung für den Aufenthalt oder Zugang zu Sozialleistungen in Hamburg ist. Diese Menschen haben aufgrund ihrer prekären Situation gerade jetzt einen besonderen Schutzbedarf. Sie sind hier und auch sie sind gesundheitlich gefährdet und verlieren ihre Arbeit. Diesem Schutzbedarf könnte so nachgekommen werden, dass Jobcenter und Grundsicherungsämter allen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Hamburg haben, die Leistungen zur Sicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums gewähren. Bitte sorgen Sie dafür, dass auch diese Menschen unterstützt werden.

Punkt 4: Beratungsbedarf

Situationen wie die aktuelle verunsichern Menschen und erhöhen ihren Informations- und Orientierungsbedarf. Zwar gibt es in den klassischen Medien wie auch im Feld der social media und bei den Behörden Möglichkeiten, sich zu informieren. Diese Informationen erreichen die Menschen aber nicht immer mit der nötigen Klarheit und Verständlichkeit. Auch sind sie nicht alle dazu geeignet, gemeinsam mit den Rat- und Informationssuchenden Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Soziale Anliegen und sozialrechtliche Fragen bedürfen oft der besonderen Beratung, Erklärung, Vermittlung und nicht zuletzt der Übersetzung in Alltagssprache. Niedrigschwellige Angebote der sozialen Beratung von gemeinnützigen Vereinen, Kirchen, Verbänden, Freien Trägern oder sozialen Initiativen bieten hier ein geeignetes Angebot, gerade auch in der jetzigen Situation. Sorgen Sie bitte dafür, dass diese Angebote einer unabhängigen, niedrigschwelligen, solidarischen Beratung neben den Angeboten der Behörden kurzfristig verstärkt und mittelfristig ausgebaut werden. Die Zuwendung von Mitteln an Träger zur Finanzierung eines mehrsprachigen telefonischen Angebots (0800-Nummer) zu Fragen der Existenzsicherung wäre hier ein sinnvoller Weg, den Hamburg kurzfristig wählen kann.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anregungen in ihre aktuelle Meinungs- und Entscheidungsfindung zur guten Bewältigung der aktuellen Situation einbeziehen.

Mit freundlichen Grüßen,

Hamburg traut sich was!